

**Wahlkampf der Sozialdemokratie verloren.** Die kapitalistische Krise hat hier gerade darüber besonders gefeuert. In einer Meldung des Comittees zum diesjährigen Streik wird Beispiel in folgenden Worten zum Ausdruck:

In politischen Kreisen wird die überaus lästige Darstellung beachtet, die die freien Gewerkschaften von dem Empfang ihrer Vertreter bei Partei und Regierung beim Reichsminister gegeben haben.

Die Bourgeoisie ist als höchst bestrebt geltend, von dem Verlauf der Verhandlungen zwischen dem General und den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Sie weiß, daß SPD und KPD auch ohne Beteiligung an der Regierung und ohne Ministerposten alles tun werden, um die Klassenpolitik der Bourgeoisie zur Rechtfertigung des bankrotten kapitalistischen Systems durchzuführen.

Ihre besondere Rolle wird dabei vor allem in der Beleidigung der Arbeiter, in deren ständiger Beschimpfung und in ihrer Zurückhaltung von außerparlamentarischen Kampfszenen gegen die diktatorische Diktaturregierung und ihre Nachkommen beobachtet. Ihre besondere Rolle besteht aber darüber hinaus auch in jenen großangelegten und niederrüttigenden Hetzen gegen die Kommunistische Partei, wie sie unter anderem von den „linken“ sozialdemokratischen Führern in Sachsen jetzt verhüllt worden ist. Diese Hetze liegt in der Absicht der Herausbildung der Kommunistischen Partei vor den Arbeitern. Das Ziel, das damit verfolgt wird, ist den Zuhörern von sämtlichen Gruppen sozialdemokratischer Arbeiter zur revolutionären Partei des Proletariats zu gewinnen und vor allem die Engpassbewegung sozialdemokratischer Arbeiter in die von der Kommunistischen Partei entstehenden außerparlamentarischen Kämpfe und Aktionen zu unterbinden. Zu diesem Zweck führt die Sozialdemokratie gegenwärtig auch jene Täuschungsmanöver durch, wie sie unter anderem in ihrem scheinheiligen „Kampf“ gegen das Todesurteil am Arbeiter Bartl zum Ausdruck kommen.

Um was es hier den Sozialdemokraten dabei geht, hat in der geistigen Dresden-Politik eine Differenz zwischen der Sozialdemokratie Seeger aus Dessau in einem Artikel über die „Agitation und Täuschung der Sozialdemokratie“ aufgezeigt. Darin gesteht er zunächst einmal: „Die Kommunisten haben uns (die SPD) in den Aufzug gesetzt verkehrt“, und dann kommt er darüber, daß die ganze sozialdemokratische Agitation „immer wieder auf den Ton eines für verständigenden Angriffen“ abgestimmt gewesen wäre.

Seeger meint, daß das jetzt anders werden müsse und fordert ganz eindringlich, daß die Wirkung der sozialdemokratischen Agitation „auf die Massen geschichtet wird“.

Mit anderen Worten: Die SPD will bei ihren Massen noch ein britisches Demagogie anwenden. Die Sozialdemokratie wird sogar — wenn es die Situation erfordert — mit Oppositionsgeschrei nicht hinterm Berg halten. In diesem Zusammenhang gewinnt eben die an die Spalte dieses Artikels gestellte Bewertung des „Borrows“, Opposition bedeutet noch lange nicht Schließung der „Gefangen des Rotton“, sondern Bedeutung. Daraus können die sozialdemokratischen Arbeiter entnehmen, daß auch die gebrauchte Opposition der SPD-Arbeiter nur ein Bestandteil ihrer Betriebspolitik ist.

Darum bleibt auch die Tatsache für alle Arbeiter erkennbar: Die SPD ist nur verhältnismäßig Dienstleistung für die Bourgeoisie bereit. Sie ist gewillt, die neue Diktaturregierung in den Massen zu stützen und eines ihrer Hauptmittel ist jetzt wieder die alte demagogische, arbeiterfeindliche Politik vom „kleinerem Leben“.

Das neueste SPD-Manöver vom „kleinerem Leben“ legt unter der fasslichen Flage eines Kampfes gegen die Wiederlebende Papens. „Nein wieder Papen“, „Nein Papen“, „Papen nicht“. Papens Wiedererinnerung wäre eine Kriegserklärung an das deutsche Volk! — leidenschaftlich Tag für Tag die ganze SPD-Presse.

Jawohl, Papens Wiederlebte wäre eine Kriegserklärung und verächtlicher Krieg gegen die Arbeiterschaft! Wie aber, wenn Schleicher oder Hitler oder Goerdeler der Kämpfer der neuen Diktaturregierung ist? Bedenkt, daß nicht ebenso lächerlich Krieg gegen das Proletariat? Nach dann nicht ebenso entschieden das Proletariat gegen die Diktaturregierung kämpfen?

Jawohl! Für die Arbeiter besteht darüber kaum ein Zweifel. Aber von der SPD wird Schleicher zum „kleineren Leben“ ernannt.

Gibt es etwas Schändlicheres als diese Dienste der SPD für das Kapital, ein größeres Verbrechen, als diese weitere Verbreitung der SPD für den Nationalismus? Wer sich zur Totierung Schleichers bereit erklärt, der erklärt sich in jedem Falle für die verhängte Weiterführung des Papen-Kurses, für neue Hungermahnmäden, für weitere Entfaltung des Nationalismus!

Mit der Politik des „kleineren Lebens“, mit dem Scheinkampf „gegen Papen“ verläßt die SPD die Empörung der Arbeiter gegen den Papen-Kurs aufzulösen, um den Kampf der Arbeiter gegen die geplante Durchführung des Papen-Kurses durch Schleicher oder Hitler oder auch Papen zu verhindern.

Das neueste Betrugsspiel der Sozialdemokratie vom „kleineren Leben“ wird jetzt weniger denn je verlangen. Kein Stämper, kein Löde, kein Leipart, kein Breitfeld und sein Edel und Göbel werden den deutschen sozialdemokratischen Arbeitern eintreten können, daß sie der General Schleicher oder ein ähnliches „kleineres Leben“ zu Brot, Freiheit und Sozialismus führen wird.

Die Fortsetzung der Politik des „kleineren Lebens“ und die Kapitulation durch die Sozialdemokratie beweisen den sozialdemokratischen Arbeitern, daß der Kampf gegen Hunger und Nationalismus nur ohne und gegen die SPD möglich ist. Nur die proletarische Einheitsfrontaktion der sozialdemokratischen und aller Arbeiter an der Seite der Kommunisten gegen jede Diktaturregierung führt zur Stärkung, zu Erfolg und zum Sieg des Proletariats!

Chemnitz, 29. November 1932.

Heute wurde der Chemnitzer kommunalpolitische Stadtverordneten Ausschuß für Bürger verhaftet. Die Verhaftung wurde auf Grund einer nationalsozialistischen Denunziation vorgenommen. Man plant, den Chemnitzer Bürger für Zusammenarbeit mit den Nazis verantwortlich zu machen.

### DMV-Bonze Wagner erklärt:

## Massenprotest gegen das Todesurteil „ist nur politische Geschäftsmacherei“

Durch nichts wird das von der Sozialdemokratie mit billigen Anträgen geführte parlamentarische Manöver deutlicher enttarzt, als durch den Kampf der Sozialdemokratie gegen die außerparlamentarische Mobilisation, wie sie die Kommunisten gegen das Todesurteil am Arbeiter Bartl führen.

So haben sozialdemokratische Arbeiterräte der Firma Hanboldt, Chemnitz und DMV-Betriebsräte bei den Wenderwerken Göhna, gemeinsam mit Kapitänsteuern eine Abkommen über Resolutionen gegen das Chemnitzer Todesurteil abgeschlossen.

In einer Mitgliederversammlung des DMV-Betriebsrates Riesa erklärte der DMV-Bonze Wagner u. a., als revolutionäre Arbeiter eine Protestentlastung einzuholen: „Das ist ja alles bloß politische Geschäftsmacherei der KPD“.

In der Gießerei-Gießerei Riesa jammelte ein Arbeiter Unterschriften für eine Protestresolution gegen das Urteil am Arbeiter Bartl. Als dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Raben diese Mitteilung gemacht wurde, kam dieser wutentbrannt zum Polizei gekommen und forderte die sofortige Entlassung des Unterschriftenjammelers.

KPD-Arbeiter! Redet ab mit diesen Klassenerzähler! Kämpft mit uns im außerparlamentarischen Kampf für die Freiheit und Sozialistische Sache!

## Streiks und Massenaktionen gegen Hunger und Frost

Durch ganz Deutschland zieht eine Welle des Massenstreiks gegen die Misshandlung der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaften ziehen darüber hinweg, wie das Berliner Zeitblatt schreibt, unter den Augen: „Wir haben Hunger“ und tödten die Ratten zu tötern.

In Bremen ist die Belegschaft der Bootswerft aus gegen einen Lohnzettel von 7 Pfennig pro Stunde in den Streik getreten.

In Meiningen sind 600 Pflichtarbeiter in den Streik getreten. Die Belegschaft des Reichsbahn-Ausbesserungswerkes Meiningen erklärte sich mit dem Streiksolidarität.

Die Pflichtarbeiter in Bad Frankenhausen sind ebenfalls in den Streik getreten.

Auch in Witten sind sämtliche Pflichtarbeiter in den Streik getreten.

Die streikenden Dortmunder Arbeiter haben durch ihren Kampf bewiesen, daß die bisher nicht bestreite Firma Schwerdt sich bereit erklärte, die bisher gehaltene Lohnzettel von 61 Pfennig auf 74 Pfennig zu erhöhen.

In Frankfurt am Main traten am 23. November die unzähligen Hafenarbeiter bei der Firma Hey (Weißhafen) in den Streik. Sie forderten Erhöhung des Lohnzettels beim Ausladen der Schiffe von 60 auf 70 Pfennig pro Tonne. Nach kurzem Streik mußte die Firma die Forderung bewilligen.

Der Nazirennmeister Siebel in Ratingen wollte der Belegschaft einen Lohnzettel von 20 Prozent fördern. Doch die KPD mobilisierte die Belegschaft und angelieferte der Kampfbeteiligung der Arbeiter mußte der Nazi-Unternehmer sein Lohnabbaublatt zurücknehmen.

In Hanau erschienen die Erwerbstöchter vor dem Rathaus und verlangten die Lieferung von Kartoffeln, Kohle und Brot. In Nowawes kam es vor der Stadtverordnetenversammlung zu schweren Demonstrationen der Erwerbstöchter, die die Bewilligung der von den kommunistischen Stadtverordneten erarbeiteten Winterhilfsanträge forderten.

Vor dem Wohnungsamt Berlin-Tiergarten und Siegler Straße demonstrierten über 1000 Erwerbstöchter für die Bewilligung von Kartoffelbegrenzungen. Das Überfallkom-

mando versucht die Demonstrationen auszuharren und zu vertreiben. Sie kommen bis über immer wieder, wie das Berliner Zeitblatt meldet, unter den Augen: „Wir haben Hunger“ und tödten die Ratten zu tötern.

Auf der Lüftler Straße in Berlin demonstrierten gestern abend ebenfalls mehr als 600 Arbeitslose.

Auf dem Wohnungsamt Danziger Straße in Berlin kam es zu äußerst erregten Massenprotesten der Erwerbstöchter, die in Massenprozessionen und Anuprosten die sofortige Verteilung von Kartoffeln, Kartoffeln und Kleidung forderten. Das Überfallkommando holte vier Überfallkommandos, die jedoch nicht in der Lage waren, die spontanen Hungerdemonstrationen auszuharren.

In Gräfenroda zogen die Erwerbstöchter noch einer Versammlung getrieben zum Rathaus und erreichten die Verteilung eines Brotes an jeden Erwerbstöchter. Außerdem sollen noch zwei Wagons Kohle zur Verteilung gelangen.

In Wörrstadt erreichten die Erwerbstöchter die Auszahlung einer Sonderunterstützung von einer Mark.

Im Frankfurter Rathaus erhielten 200 Delegierte als Vertreter der Erwerbstöchter bei den einzelnen Professionen, um ihre Stellung zu den Winterhilfsförderungen festzustellen. Nur die Kommunisten ließen sich für die Forderungen der Erwerbstöchter ein, während die SPÖ-Führer in der unerhörten Weise gegen die Arbeiterschaften hielten. Von einem größeren Polizeiaufmarsch wurden die Delegationen aus dem Rathaus gebrängt.

Vor dem Rathaus in Halle kam es ebenfalls während der Stadtverordnetenversammlung zu tiefen Unruhen, an denen etwa 100 Personen teilnahmen. Bei der Abstimmung durch die Volksvertretung sollten mehrere Beamte leicht verletzt worden sein.

Während der Stadtoberbürgermeister in Dortmund keine zu Hungerdemonstrationen vor dem Rathaus, die von der SPD-Vizepräsidenten Jörgenfeld ausgetrieben wurden.

In Osnabrück wurden 72 Kinder von Erwerbstöchtern auf der Treppe des Rathauses abgelegt. Da man die Angehörigen der Kinder nicht ermitteln konnte, wurden sie in einer südländischen Klinik untergebracht.

## Sozialfaschistische Helfer des Henkers

Die lästige SPD führt in den letzten Tagen eine unerhörte Wutrede gegen die KPD, zu der ihr als Vorwand das Streitentscheid gegen den Arbeiter Bartl herhalten muß. Die härteste der Massenproteste aus den Betrieben, von den Stempelstellen, aus den Gewerkschaften und proletarischen Organisationen werden, desto wütender wird das Gefüge der Sozialdemokratie, denn hier zeigt sich, daß die KPD die einzige Kraft ist, die diese Massenproteste, die Proletarientriebe in den Betrieben organisiert, während die Sozialfaschisten in der Front des Henkers, der Vertheidiger der Polizei, der Klassenjustiz und des kapitalistischen Systems, das soile Terror- und Brutalitätsspiel läuft.

In der Bandenkundgebung vom Dienstag mußte sogar das Justizministerium zugeben, daß Bartl nicht gescholten hat und daß zahlreiche Massendelegationen, die auf untere Initiativen hin erschienen, das Justizministerium unter Druck setzten. Wir geben nachdringlich die wichtigsten Stellen der Kritik an des Justizministers wieder:

Der Strafprozeß vor dem Schwurgericht in Chemnitz, der zur Beurteilung des Angeklagten Bartl wegen in Mitleidenschaft verübten Mordes zum Tode geführt hat, hat in weiteren Kreisen der Bevölkerung zu einer außerordentlich heftigen Beunruhigung und zu zahlreichen Antragen auf Aufhebung des Urteils und auf Verhandlung geführt.

Zahlreiche Abordnungen sind auch im Justizministerium erschienen und ich habe selbst Gelegenheit genommen, die Erklären über den Sachstand und die zur Beurteilung des Falles in Betracht kommenden Umstände anzuhören.

Als ganz besonders erschwerend ist immer der Umstand hervorgehoben worden, daß der

Verurteilte Bartl ja den tödlichen Schuß auf den Arztarzt Siebel nicht lebhaft abgegeben habe.

In der Tat ist ja auch der tödliche Schuß von einem Täter abgegeben worden, der bisher nicht zu ermitteln gewesen ist und zur Sache nicht gehören werden kann.

Und was liegt die „linken“ lästigen SPD? Sie erläutert Bartl für den Möder! Stellen wir den von uns bereits gehört wütenden Antrag des SPD-Führers der KPD gegenüber: so ergibt sich hier, daß die Delegation der Bourgeoisie noch ihre Aufträge überbringen.

„Die Tat lebt kann kaum als überlegter Mord bezeichnet werden, sondern ist im Allgemeinen erledigt, so daß schwerstfalls Tothaltung in Frage kommt.“

So steht es in dem sozialdemokratischen Antrag. Was die SPD wirklich will, das sagen auch die immer und immer wiederholten Hinweise auf den „Kommunisten“ Bartl. Wir wollen ja, daß Bartl niemals Mitglied der KPD war, daß wir aber selbstverständlich den Kampf um seine Rettung vor dem Henker zu unserer eigenen Sache machen und den Massenkampf für seine Befreiung organisieren und als einzige führen. Mit ihrem Behauptung will die SPD der hege der Bourgeoisie, dem Süden nach Verbotsgründen für die KPD neue Nahrung geben.

„Sieht hier, in dem KPD-Ehemöder, die steht auf dem Boden des individualistischen Terrors, die gibt die Parole heraus: Schlägt die Faschisten, wo sie trefft! Verbleibt frei!“

Das ist der wahre Sinn der sozialdemokratischen Heme gegen die Kommunisten, was auch in dem gestern in Dresden verlesenen Zeitblatt deutlich zum Ausdruck kommt.

Während die SPD-Bartl als Totschläger bezeichnet und die kommunistische Partei in der informen, niederrüttigenden Weise bei der Bourgeoisie denunziert, verbietet ihr Verbot fortwährend, organisierten wir Kommunisten den Massenkampf gegen das Bluturteil zur Rettung Bartls. Nur einige Tatsachen wollen wir anführen:

Der Gesamtbetriebsrat des Bahnbetriebswerkes Dresden-Mitte, dem auch über sozialdemokratische Betriebsräte angehören, nahm einstimmig eine massive Protestaktion gegen das Todesurteil an. Die SPD-Betriebsräte alle stampften unter unseres Führers Forderung gegen das Todesurteil.

Im Betrieb Seidel & Raumann, Dresden, wurden 400 Protestsunterstützungen gesammelt und an das Justizministerium weitergeleitet. Unter den Unterstützenden befinden sich viele sozialdemokratische Arbeiter.

Der antifaschistische Einheitsausschuß Jägerpark fordert die sofortige Freilassung Bartls und aller proletarischen politischen Gefangenen.

Was aber tut die SPD? Sie geht gegen die Kommunisten und beschreibt Bartl als Totschläger! Die sozialdemokratischen Arbeiter jedoch kämpfen in roter Einheitsfront unter Führung der KPD und KPD in immer stärkerem Maße gegen das Todesurteil, gegen Kloßensprudel und faschistische Diktatur, gegen Hunger und Frost, Brot und Freiheit!

Und diese kämpfende rote Einheitsfront wird Bartl retten, wird den Sieg über die Bourgeoisie und ihre Verbündeten, die National- und Sozialfaschisten, erringen und den Sozialismus verwirklichen — trotz aller hege und allem Nutzen der „linken“ lästigen Sozialfaschisten!

**Reuer Gememord in Nazi-Braunschweig**

Hier ist man einem neuen Gememord auf die Spur gekommen. In der Oberstadt wurde die Leiche eines 30jährigen Mannes gefunden. Die Untersuchung ergab, daß der die jetzt noch unbekannte Mann im Bürgerpark erschlagen worden ist, und zwar mit einer Eisenstange. Es ist dies innerhalb weniger Wochen der zweite Gememord in Nazi-Braunschweig.

Am 14. November wurde der 30jährige Jugendlicher Riedel, Sohn eines Bäckers, tot aufgefunden.

Am 12. November wurde ein junger Mann, Name unbekannt, tot aufgefunden.

Der Richter gab die Todesurteile für beide Männer aus.

Die Todesurteile wurden am 20. November bestätigt.

Das schwerverletzte Düsseldorfer Organ, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, berichtet die Lage in Deutschland und befürchtet eine kritische Juliposition durch abermalige Wahlen. Wenn jetzt Kommunisten und Nationalsozialisten alemal eine Wahlbildung des Reichstags erwarten würden, so wäre es an der Zeit, sich auf ein Werk des Demokraten Ebert, des ersten deutschen Reichspräsidenten, zu beziehen: „Wir werden eines Tages vor die Freiheit gekämpft sein, Deutschland aber die Freiheit? Und dann werden wir nicht wegen der Besetzung des deutschen Volkes vor die Hände gehen lassen.“

Die Kapitalistensklaven berufen sich bei der Vorbereitung und Durchführung ihres verschärften faschistischen Kurzes auf den Sozialdemokraten Ebert. Die sozialdemokratischen Arbeiter aber werden mit in der großen proletarischen Einheitsfront des Tatsächlichen und kämpfen gegen Hunger und Faschismus, für Arbeit, Brot, Freiheit und Sozialismus!